

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

FDP-Fraktion

Nr.: **A 18/0750-01**

Status: öffentlich

Datum: 12.09.2018

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Sozialamtes in Mülheim an der Ruhr

Anfrage zu TOP 7 "Etatberatung 2019 ff." der FDP-Fraktion für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 19.09.2018

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.09.2018	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Sachverhalt:

Bei der Betrachtung des Haushaltsplanentwurfs 2019 für das Sozialamt fällt weiterhin auf, dass die Kostenerstattungen und -umlagen (insbesondere durch den Bund) bei weitem nicht den tatsächlichen Bedarf decken. In 2017 überstiegen alleine die Transferaufwendungen für Hilfen nach SGB II, SGB XII sowie für Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien (233,3 Mio €) die Summe aller ordentlichen Erträge in diesen Bereichen (167,9 Mio €) um 65,4 Mio €.

Das bedeutet 28 % der anfallenden Transferaufwendungen waren nicht gedeckt. Die notwendigen Kosten für Personal, Sach- und Dienstleistungen sind hierin nicht enthalten. Das ord. Ergebnis des Sozialamtes insgesamt weist 2017 ein Defizit von 113,5 Mio € aus.

Zum Vergleich: Im Jahr 2016 hatte Mülheim Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von netto 100,8 Mio €.

Darüber hinaus ist eine deutliche Abweichung zwischen den geplanten Zuwendungen und allgemeinen Umlagen des Sozialamts für 2017 in Höhe von 24,5 Mio € und dem tatsächlichen Ergebnis, 11,9 Mio € festzustellen. Für 2019 wurden hier 11,7 Mio € veranschlagt.

Es wird innerhalb der Politik und der Stadtverwaltung regelmäßig über Kosteneinsparungen diskutiert. Das Steueraufkommen in Deutschland steigt seit Jahren exorbitant, in den vergangenen sieben Jahren um durchschnittlich 4,8 %. Für 2018 wird ein weiterer Anstieg um 5,1 % auf dann 772 Milliarden Euro prognostiziert. Der Haushaltsüberschuss im Bund betrug 2017 ca. 10,4 Milliarden € (ohne Betrachtung der Asylrücklage verbleiben 3,7 Milliarden €). Dennoch wird auf kommunaler Ebene über weitere Steuererhöhungen diskutiert, das kann nicht der richtige Weg sein.

Das oben beschriebene Missverhältnis liegt in erster Linie nicht im Verantwortungsbereich einer Kommune. Hinzu kommen die genannten deutlichen Differenzen zwischen Planung der Mülheimer Stadtverwaltung und tatsächlichem Ergebnis.

Die FDP-Fraktion bittet die Verwaltung daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern arbeitet die Stadt Mülheim an der Ruhr mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten, beispielsweise im Rahmen des deutschen Städtetags zusammen um das oben beschriebene strukturelle Defizit, insbesondere durch zukünftig höhere Mittelzuweisungen durch den Bund zu reduzieren?
2. Finden dazu weitere Kooperationen beispielsweise im Regionalverband Ruhr statt?
3. Wie schätzt die Verwaltung die weitere Entwicklung ein, ist mittelfristig von einer für Mülheim finanziell deutlich positiveren Entwicklung auszugehen?
4. Was beinhalten die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen? Wir bitten um Aufschlüsselung der relevantesten Positionen im Ergebnis 2017 und in der Planung für 2019.

Peter Beitz

Fraktionsvorsitzender

Martin Römisch

Ausschusssprecher